

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Eichwalde, am 20. September 2018
Az.: Io + EG

P R E S S E - I N F O R M A T I O N

zum "Offnen Brief" vom 5. September 2018 an die
Bundesjustizministerin Katarina Barlay,
"Gefährdung von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie
in Deutschland und Brandenburg ...",
N a c h t r a g zur Presse-Information vom 10. September 2018:

Migration und Zukunftsängste - völlig grundlos ?

- zu "Besseres Internet - weniger Pendeln. Digital-Expertin und
Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg kämpft für eine digitale und soziale Revolution
und sorgt sich , daß Fehler der Wendezeit wiederholt werden", MAZ 11. September 2018, S.7,
"Wenn Roboter unsere Arbeit machen. Künstliche Intelligenz wird immer mehr Lebensbereiche
erfassen - in Potsdam wird dazu intensiv geforscht", MAZ 8./9. September 2018, S.7, und
"Partei der Getriebenen. Die AfD kann ihren Erfolg kaum fassen ...", MAZ 18.09.2018, S.2/3 -

In der Presse-Information vom 10. September 2018 kamen zur Thematik i. Vbdg. mit einer Erklä-
rungssuche für die Vorgänge in Chemnitz bereits die Politik, die soziale Ökonomie und die Psy-
chologie bis hin zu möglichen früheren Gen-Anlagen zu Wort - die moderne Technik aber
noch nicht i.S. ihrer Einflußnahme auf die zukünftige soziale Entwicklung über die Wirt-
schaft.

Dies soll nun nachgeholt werden ! Denn das Thema ist nun so aktuell, daß selbst das christ-
lich orientierte PublikForum vom 7. September 2018 auf dem Titelblatt dies mit "A N G S T .
In der Gesellschaft rumart es. Ein Gefühl wird politisch" thematisiert !

Wenn man sich nur vergegenwärtigt, daß in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit nur
70 kByte Speicherplatz Leiterplatten nach Schaltbild entworfen und mit Schaltkreisen und
diskreten Bauelementen unter Einhaltung der Kriech- und Luftstrecken zur Isolation inner-
halb von etwa 2 Stunden CAD-entworfen wurden, natürlich mit extrem viel Datenumspeicherung,
und aktuell beim Software-Update meines Smartphones 322 MByte geladen wurden, dann erscheint
schon allein die bisherige Entwicklung staunenswert.

Zwar hatte ich mich Mitte der 70er Jahre wissenschaftlich bereits mit selbstlernenden Pro-
grammen und der Definition von Worst-Case- und Wahrscheinlichkeits-Operatoren für Program-
me in Vorbereitung auf die Kybernetik befaßt, aber bis zu breiteren Ergebnissen von Robo-

tik und künstlicher Intelligenz (KI) kommt es erst jetzt in immer stärkerem Maße. - aber die Entwicklung ist noch immer nicht präzise voraussehbar bezüglich der Folgen.

Was inzwischen an Erkenntnissen vorliegt, kündigt allerdings bereits Arbeitsplatzabbau in großem Umfange an und läßt nach Sebastian Stober, Uni Potsdam, durch Einsatz Künstlicher Intelligenz das Modell der Vollbeschäftigung als Anachronismus erscheinen. Und er zitiert : Wenn jetzt keine gesellschaftliche Kehrtwende kommt, bin ich bange."

Und die Digital-Expertin Anke Domscheit-Berg urteilt dazu : "Wir haben derzeit Fachkräftemangel, doch es wäre unglaublich fahrlässig zu glauben, daß das in 20 Jahren noch so sein wird. Es entbindet uns nicht der Aufgabe langfristige Politik zu planen - doch das findet im Moment überhaupt nicht statt .. Es fehlt eine Vision von der Gesellschaft, in der wir leben wollen. Es fehlt das große Bild." Und sie schlußfolgert : "Wir brauchen daher völlig andere soziale Sicherungssysteme ... Und wir müssen verhindern, daß es eine flächendeckende Entwertung von Berufsbiografien gibt, wie es damals nach der Wende passiert ist. Das steckt in uns 'Ossis' heute noch drin, und wir sehen gerade in Sachsen, was das für politische Folgen haben kann. Radikalisierung hat auch damit zu tun."

Wie wahr ! Als ich am Vormittag des 30. September 1990 gerade meinen CAD-Lehrgang erfolgreich abgeschlossen hatte, offerierte mir am Nachmittag mein Chef, daß ich in das "soziale Netz" falle als Ältester der Abteilung und daß deshalb ab dem 1. Oktober 1990 im neu gegründeten Institut kein Platz mehr für mich sei !

Solcherlei Befürchtungen gelten heute unso mehr, als z.B. die aktuelle Brandenburger und Bundes-IT-Landschaft selbst der Behörden einem Flickenteppich gleicht, der die Integration von IT-Systemen kaum ermöglicht ; urteilt Frau Domscheit-Berg ; "Es gibt kaum Standardisierungen und einheitliche Schnittstellen. Ich nenne das 'Spaghetti-Landschaften' ; für jede Verknüpfung der Systeme muß neu verknotet werden. Dies wird noch lange nachwirken im Zeitalter der Globalisierung !

Und was wird empfohlen ? Lebenslanges Lernen und ein bedingungsloses Grundeinkommen ! "Wir können da nicht länger mit Hartz 4 kommen" meint Frau Domscheit-Berg - aber die Mittel hierzu müssen erst mal erwirtschaftet werden !

Wie zutreffend sind Zukunftsängste also doch, wenn man sich allein diese soziale und technische Faktenlage vor Augen hält !

Das Flüchtlings-Problem und die Migration aus durchaus verständlichen ökonomischen Gründen kommen da nur noch hinzu - und ferner die fast hemmungslose EU-Erweiterung aus politischen Gründen.

Peter Scholl-Latour führt in seinem Buch "Zwischen den Fronten", S.43, aus, daß z.B. General de Gaulle von Anfang an von einer Integration Algeriens in das französische "Mutterland" nichts hielt : "Heute drängt sich jedem Beobachter die Feststellung auf, daß die 8 Millionen "Musulmans", die Algier damals zählte, in den vergangenen 50 Jahren zu einer Masse von mehr als 30 Millionen angeschwollen sind". Was wäre, wenn die "Phantasten der der Algérie française" sich durchgesetzt hätten ? "Es gäbe dann keine französische Nation mehr, die diesen Namen verdient."

Peter Scholl-Latour war ja nun wirklich ein echter Internationalist ohne jegliche rassistische Vorurteile. Deshalb sollte man besorgte Bürger, welche demonstrieren wo sie können, weil sie die Zukunftsangst packt, nicht pauschal als Rechtsextreme oder Nazis oder Linksextreme titulieren, denn es ist ja wirklich Vieles kritikwürdig in Deutschland und der EU, da ja aus den Volksparteien heraus keine dementsprechenden Möglichkeiten geboten werden. Und zu den Gründen dazu gehört dann eben auch und nicht zuletzt die Vielzahl von Rechtsverletzungen des Systems, wie z.B. beim BER-SXF-TXL-MAW-Komplex, gegen welche offiziell nicht eingeschritten wird und die dadurch das allgemeine Protestpotential in Brandenburg noch verstärken !

Die nächsten Wahlen werden es offenkundig machen !

Es wird Zeit, dass die etablierten Parteien endlich aus ihrem Selbstgerechtigkeits-Dauerschlaf aufgeweckt werden, denn es gibt genügend latente Probleme, die einer offenen und sachlichen Diskussion in den Parlamenten harren ! Wenn eine echte Opposition zu dieser von Ex-Bundestagspräsident Prof.Lammert gewünschten lebhafteren Sachdiskussion durch Aufgreifen solcher Probleme wirken würde, könnte man der neuen Lage sogar noch etwas Positives abgewinnen.

Aber zumindest bis dies geschieht, ist Bürgerengagement auf allen Ebenen weiter angesagt ! Im Staate fehlt augenscheinlich systematisches Arbeiten zu Schwerpunktthemen in speziellen Ämtern mit wissenschaftlicher Begleitung und ohne Lobbyisten, die die Feder führen. Dies gilt sowohl zu Fragen der verbindlichen Standardisierung als auch zur Umsetzung von EU-, Bundes- und Landesgesetzen unter Berücksichtigung der Entscheidungen von EuGH und BVerfG ! Und die Entscheidungen dieser Ämter müssen rechtsverbindlich sein, wie es einmal die Standards des ehemaligen Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung der DDR waren .

Gäbe es so etwas bereits, wären Skandale wie zu Dieselfahrzeugen oder zum BER-SXF-TXL-MAW-Komplex gar nicht existent ! Und hätte es in der DDR nicht solche Ordnung gegeben, so hätte sie aufgrund der De-facto-Reparations-Zahlungen an die Sowjetunion z.B. über den Verkauf von Schienenfahrzeugen unter Selbstkostenpreis bis hin zum letzten Tag ihrer Existenz und die Wirtschaftsblockade der Westmächte gar nicht so lange durchhalten können. Und eben wegen dieser Umstände war damals selbst das Fachwissen kritischer Bürger gefragt !

Zur Lösung der vielen anstehenden Probleme der Zukunft erscheint umfassende Bildung für alle Bevölkerungsschichten gem. Empfehlungen von Alexander von Humboldt als unverzichtbar, aber das Umfassende fehlt und auch die Bildungs-Kleinstateerei wie im Mittelalter verhindern dies noch. Und die Forschung als freie Forschung an den Universitäten und Hochschulen erscheint wegen der erforderlichen Mitteleinwerbung in der Industrie ebenfalls als nicht gegeben wegen der dadurch gegebenen Konzentration auf angewandte Wissenschaft, während die Grundlagenforschung zu kurz kommt - ein großes Manko bezüglich Cyber-Attacken und des Verständnisses der Vorgänge in Erzeugnissen der künstlichen Intelligenz (KI) .

Und dann sind ja noch die durch Klimawandel bedingten Probleme zu lösen, sowohl zur aktuellen Schadensbehebung als auch zu prophylaktischen Aufgaben - und auch hier gibt es viele Hemmnisse zu überwinden, z.B. zur Haltung der USA.

Und die oftmals fehlende staatliche Unterstützung ehrenamtlich tätiger Bürger trägt auch nicht gerade zur Entlastung der Situation bei !

Wenn dann die Bürger bezüglich der Zuwanderer aus anderen Kulturen wegen der Kosten für Ausbildung, Integration und Sozialem als Bauchgefühl Ängste befallen, erscheint dies als nur allzu verständlich, auch bezüglich Bedenken sowohl der neuen linken Sammlungsbewegung #aufstehen als auch der AfD - trotz so unterschiedlicher sozialer Ausrichtung !

Den etablierten Volksparteien der Mitte der Gesellschaft sollte dies zu denken geben, damit sie sich endlich mit dem Problem ernsthafter befassen, wie ein Gesellschaftssystem der Zukunft für Deutschland aussehen muß, damit diese Probleme gelöst und Zukunftsängste unnötig werden. Und dazu muß diskutiert, informiert und überzeugt werden, damit auch das "Bauchgefühl" erreicht wird.

Auch wenn dies in der Vergangenheit noch nicht die primäre Thematik unserer Gruppierungen war, bewegen sich unsere Überlegungen unabhängig voneinander parallel immer mehr in diese Richtung, und deshalb schien es uns geboten, auf die bisher relative Kritiklosigkeit der Regierungsparteien und -legislativen an der Exekutive hinzuweisen, weil dadurch nur Gegendemonstrationen gegen rechte oder linke Kritiker-Gruppen zustande kommen, welche die Exekutive unterstützen, so daß sie für demokratische Kritiker dieser Politik nicht bezüglich einer Teilnahme infrage kommen. Im PolitForum vom 7. September 2018, S.29, wird berichtet, "Gewerkschafter, die aktiv für ihre Rechte streiten, große Erfolge bei Lohnverhandlungen erzielten, organisieren auch Busse zu Pegida-Demos. Rechte 'Lösungen' für linke Forderungen. 'Wir müssen uns ja wehren.'"

Wünschenswert sind also echte Problemdiskussionen im Deutschen Bundestag zur Lösung der vielen Grundprobleme in einem Klima der Sachlichkeit und des gegenseitigen Respekts in einem Wettbewerb der Parteien um die besten Lösungen wie zu Zeiten des unvergessenen Altkanzlers Willy Brandt statt Erbsenzählerei, wer wem die meisten Fehler nachweisen kann als primäre Aktivität.

So könnten sich die Parteien vor dem Bürger profilieren und für eine neue Stimmung im Land mit weniger Ängsten und Aggressivität wirken.

Es ist zu hoffen, daß sich diese Erkenntnis recht bald in breiter Front durchsetzt und statt Lobbyisten anerkannte Wissenschaftler zur Beratung hinzugezogen werden, um perspektivisch tragfähige Ergebnisse erzielen zu können.

Dies gilt speziell für die Entwicklung in den neuen Bundesländern, die noch viel Nachholbedarf haben. Und ich habe diesbezüglich erfreut z.K. genommen, daß die MAZ-Sonntag vom 15. September 2018 auf S.4/5 mit dem Beitrag "Die Quelle für die Konflikte liegt in den Neunzigerjahren" meine Ansichten wissenschaftlich untermauert - ein positives Beispiel für investigativen Journalismus !

Deshalb kann man es nur immer wieder wiederholen : Die Bürger wollen mit ihren Sorgen verstanden und nicht pauschal verurteilt werden, sondern erleben, daß man an der Behebung der Probleme ernsthaft arbeitet und daß eine sinnvolle Lösung in Sicht ist. Aber diese Art des Denkens hat sich bisher in der Politik leider noch nicht durchgesetzt, denn das ist ja mit viel Arbeit verbunden und vielleicht auch mit dem Erfordernis des Kompromisses mit anderen politischen Kräften - ein schnelles Verurteilen ist da ja viel bequemer !

Das rächt sich immer irgendwann - und diese Zeit scheint jetzt als gekommen ! Man hat die Geduld der Massen einfach zu lange überstrapaziert - keine Entschuldigung, sondern eine Erklärung ! Warum ?

Wer nur rechtskonform argumentiert, ohne lautstark zu protestieren, wird einfach **ü b e r s e h e n** - siehe BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex nebst "Politikerbrief", Stand 1. Mai 2017, "Europäisches Recht ist umzusetzen", nebst den Volksentscheiden zum Nachtflugverbot und zur Tegel-Offenhaltung !

Die Behandlung vieler internationaler Probleme wird schon seit langem durch rücksichtslose Machtpolitik geprägt - hat diese Denkweise sich nun auf die Lösung nationaler Probleme ausgedehnt ? Die Anzeichen dafür sind unübersehbar !

Und wenn dann mit Bezug auf die neuen Bundesländer geurteilt wird, 30 Jahre Erziehung zur Demokratie seien wohl umsonst gewesen, dann wird verkannt, daß man sich jetzt über Bürgerwillen hinaus oftmals genau so selbstherrlich hinwegsetzt, wie zu Zeiten der DDR und daß dies selbst DIE LINKE aus Gründen der Macht-Teilhabe vielfach in subalternen Weise übersieht, als ob ein DDR-Wahlspruch in etwas modifizierter Form noch immer gilt : "Die Parteien, die Parteien, die ham immer Recht !"

Und wenn das so ist, dann interessiert nach den Vorfällen in Chemnitz und Köthen natürlich, ob die Leugnung realer Tatsachen, die unbequem sind, durch den Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die zwar zu seiner Amtsablösung führte, aber ihm danach die Beförderung zum Staatssekretär mit höheren Bezügen und unter Ablösung des bisherigen Amtsinhabers, eines Baufachmannes der SPD, als Regierungspolitik zu werten ist, und ferner, wer eigentlich die AfD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind - sind das alles "Abgehängte", die sich damit ein Sprachrohr ihrer Benachteiligung erhoffen ?

Die erste Frage ist fast geklärt : Nein, man ging nach Landesprotesten in sich, besann sich, rückabwickelte die Beförderung durch Schaffung einer neuen Versorgungsfunktion - aber werden die Bürger den Skandal vergessen bis zur nächsten Wahl ? Das so etwas möglich war, offenbart nach Ansicht vieler Bürger doch einen großen Abstand zur Denkweise einfacher Bürger - ist es dann mit einer kurzen Entschuldigung abgetan ?

Aber vielleicht hilft ja da die AfD-Bundestagsmitgliedsanalyse weiter, wie mir nach dem Lesen des Beitrags "Partei der Getriebenen. Die AfD kann ihren Erfolg kaum fassen ...", MAZ 18. September 2018, S.2/3, in den Sinn kam !

Und dann staunte ich nicht schlecht :

- ca. 30% der AfD-Abgeordneten sind aktive bzw. pensionierte Beamte und andere Staatsbedienstete, nämlich Richter, Staatsanwälte, Lehrer, Hochschullehrer, Polizisten und Soldaten,
- ca. 35% sind Selbständige, Berater, Manager,
- ca. 5% sind Publizisten und
- ca. 3% Wissenschaftler,
- der Rest sind Angestellte, Handwerker usw..

Die Gruppe der Staatsbediensteten ist da eindeutig in der Vorderhand ! Und dann wollen manche Bundesländer die AfD unter Beobachtung stellen ? Bei so viel Zuspruch durch Staatsanwälte, Richter und Polizei ? Hoffentlich geht das nicht ins Auge beim Richterprivileg und dem schönen Spruch daß eine Krähe nicht der andern das Auge aushacke !

Daß beim BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex Vieles nicht mit rechten Dingen zugeht, haben viele Bürger ja schon seit langem konstatiert - ist der vorgen. investigative MAZ-Beitrag die Erklärung dieses Problems ? Sind demokratiefeindliche autokratische Allüren von Multimilliardären inzwischen über Staatsbedienstete in der AfD nun sogar bis in den Deutschen Bundestag geschwappt ? Offenbar, denn diesen Vorwurf machen doch die alten Volks- und Regierungsparteien der AfD : undemokratisch, weshalb eine Zusammenarbeit zu verweigern sei ! Sind sie da nun doppelzüngig, wenn sie Richtern und Staatsanwälten dieser Denkrichtung Lohn und Brot geben - trotz des Richterprivilegs, welches sie oft schützt bei falscher Rechtsprechung ? Dann allerdings braucht man sich über so viele Ungereimtheiten und Rechtsbrüche beim BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex, gegen welche bisher niemand einschritt, nicht zu wundern !

Und bestehen vielleicht deshalb die Meinungsverschiedenheiten zur Beobachtung der AfD, denn wenn diese wahr würde, müßte ja der Staatsschutz vielleicht Richter und Staatsanwälte beobachten, die im Bundestag sitzen ! Sind das die Gründe für den Rechtsruck von Ex-Verfassungsschutzpräsident Maaßen und seine Entlassung als solcher, zunächst sogar verbunden mit der Beförderung zum Staatssekretär ? Hat er den Rechtsruck in der Gesellschaft kühl kalkuliert, und wollte er ihn für den eignen Aufstieg nutzen ? Sind vielleicht auch aus solchen Gründen Meinungen zu hören, man solle doch nicht nur die Diskussion mit der AfD suchen, sondern vielleicht sogar partiell mit ihr zusammenarbeiten, und wäre die CSU in Bayern, natürlich erst nach der Landtagswahl, vielleicht sogar zur Koalition bereit zum Machterhalt, wenn sie selbst doch noch gerade die stärkste Partei würde ?

Ist also nur die AfD die "Partei der Getriebenen" oder bewirkt sie nicht auch, daß sich die anderen Parteien erklären müssen ? Die Parteienlandschaft ist im Umbruch : AfD, Blaue Partei und vielleicht bald #aufstehen ! Viele Fragen ! Mögen sie dem geeigneten Leser zur Entscheidung überlassen bleiben ! Den in letzter Zeit verstärkt investigativen Journalismus der MAZ unter der neuen Chefredakteurin Hannah Suppa möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen - er ist zwar erforderlich, aber trotzdem keine Selbstverständlichkeit !

Möge er bald auch auf das BER-SXF-TXL-MAWV-Problem rechtsbezogen durchschlagen !

Und es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung aus den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit auf allen Gebieten lernt und daraus die erforderlichen Konsequenzen zieht, um bisherige begründete Vorbehalte auszuräumen !

Sicherlich haben bisherige Fehler der Politik i.S. der Unterschätzung der Brisanz von Wohnungspolitik, Mietpolitik, Wohnungslosenpolitik und Immigrationspolitik nicht wenig dazu beigetragen, daß die Probleme der Migration so extrem ausuferten, gerade hier in den neuen Bundesländern. Denn schließlich arbeiten die Bürger hier für weniger Entgelt schon länger als in den alten Bundesländern, haben weniger Vermögen als Rücklage für schwierige Zeiten, bekommen bei vergleichbarem Berufsweg weniger Rente ohne weitgehend mögliche Abpufferung durch zusätzliche Betriebsrenten, die Wirtschafts Anpassung stockt und die Produktivität hat erst einen Stand um ca. 70% der alten Bundesländer erreicht, auch weil sich die Konzernzentralen in den alten Bundesländern befinden, auch wenn dies Boom-Regionen auch im Osten nicht völlig ausschließt.

Es gibt viel zu bedenken für unsere verantwortlichen Politiker. Denn die mentale Einheit ist noch nicht vollzogen, großes Protestpotential noch nicht ausgeräumt, was wichtig ist für den Erhalt von Ruhe, Ordnung und Frieden - und das muß ja das höchste Ziel sein durch Abbau der Spannungen in und zwischen den Ländern über vielerlei Wirkungsmechanismen !

Dieser Wunsch sollte am Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen, am Freitag den 21. September 2018, in die Friedensgebete eingeschlossen werden und auch am Tag der Einheit, dem 3. Oktober 2018, nicht vergessen werden.



- Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

L i t e r a t u r h i n w e i s :

"Im Osten wächst die Wut" Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht fordert Konjunkturprogramm für schwache Regionen, MAZ 1. Oktober 2018, S.5

Hinweis :

Unsere Gruppierung braucht nicht erst #aufstehen ; wir sind schon vor Jahren aufgestanden beim BER-SCF-TXL-MAWV-Komplexproblem - nicht zuletzt wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Folgen bisheriger Fehlentscheidungen !

„Im Osten wächst die Wut“

Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht fordert Konjunkturprogramm für schwache Regionen



PHOTO: MICHAEL KAPPELER/DBA

Frau Wagenknecht, Deutschland be- geht Mittwoch den Tag der Einheit. Für Sie auch ein Grund zum Feiern?
Dass unser Land keine Mauer mehr trennt, ist natürlich ein Grund zum Feiern. Aber wir haben keine wirkliche Einheit. Deutschland ist sozial tief gespalten, tiefer als vor ein oder zwei Jahrzehnten. Es gibt natürlich auch im Osten viele Menschen, die ihre Lebenssituation in den letzten Jahren verbessern konnten, es gibt aber auch die Regionen, wo heute kein Arzt mehr ist und kein Bus mehr fährt. Dort fühlen die Leute sich im Stich gelassen und es wächst die Wut.

Sie sind im Osten aufgewachsen und leben jetzt im Saarland. Hat sich Ihre Sicht auf Deutschland dadurch verän- dert?
Ost oder West ist eigentlich keine

Der Ostbeauftragte der Bundesregie- rung schlägt vor, mehr Bundesbehör- den in der ostdeutschen Provinz an- zusiedeln. Was meinen Sie?
Das ist sicher sinnvoll. Aber das al- lein bringt den Aufbauprozess nicht wieder in Gang. Die Unterschiede lassen sich nur mit aktiver Industrie- politik und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur über- winden. Das Kernproblem ist doch, dass die Industrie mit ihren gut be- zahlten Jobs in Bayern, Baden- Württemberg oder in Teilen Nord- rhein-Westfalens zu Hause ist und im Osten bis auf wenige Ausnah- men fehlt.

Sie fordern ein Konjunkturprogramm Ost?
Ein reines Ostprogramm wäre ein Fehler. Wir brauchen ein Programm für alle Regionen, die Probleme mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung haben und in denen die öffentliche Infrastruktur in den letzten Jahren abgebaut wurde. Es geht darum,

Vor dem Tag der Deutschen Einheit hat Kanzlerin Angela Merkel Ver- ständnis für den Unmut vieler Ost- deutscher gezeigt. Insgesamt sei die Einheit eine Erfolgsgeschichte, sagte die CDU-Vorsitzende der „Augsburger Allgemeinen“. „Aber es ist schon auch so: Vieles, was Anfang der Neunziger- jahre passiert ist, kommt jetzt bei den Menschen noch mal auf den Tisch.“

Viele hätten ihre Arbeit verloren, die Einheit habe zu harten Umbrüchen geführt. „Das ist niemals eine Rech- tigung für Hass und Gewalt“, be- tonte Merkel. „Aber es ist eine Erklä- rung für eine andere Lebensbiogra- fie“ die stellvertretende SPD-Bundes- vorsitzende Manuela Schwesig rief dazu auf, sich nicht mit der Klüft zwi- schen Ost und West abzufinden.

Zur Person

Sahra Wagenknecht wurde 1969 in Jena als Tochter einer Deutschen und eines Franzosen geboren. Sie studierte Philosophie und promovierte. Sie gehörte bis Lin- ken-Politikern dem EU-Par- lament an, ist Bundestags- abgeordnete und seit 2015 Fraktionsvorsitzende der Linken. Anfang August gründete sie die linke Sammlungsbeweg- ung „Aufstehen“.

„Die soziale Spaltung zieht sich durch das ganze Land“: Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken im Deut- schen Bundestag.

Was plant denn „Aufstehen“ zum 3. Oktober?
Wir werben bei unseren Mitstreitern in ganz Deutschland dafür, sich an 3. Oktober zu treffen, um im so- zialen Spalt zu stehen. „Nein zu so- anderen. Politik einfordern. Wir möchten, dass die Menschen sich austauschen und Aktionen planen, die aufzeigen, wo und wie die Ein- heit in Gefahr ist. So wollen wir Druck aufbauen.“

Interview: Thoralf Cleven

IM GESPRÄCH

Maaßen bekommt doch mehr Geld

Hans-Georg Maaßen (55), schen- derer Verfas- sungsrechtler, wird in seiner neuen Position wohl doch etwas mehr Geld verdie- nen – nach Informationen der „Welt am Sonntag“ unter dem Strich etwa 200 Euro im Monat. Wie das Blatt berichtet, erhält er als Künftiger Sonderberater für europäische und internationale Fragen im Innenministerium eine Ministerialzulage von rund 400 Euro pro Monat. Diese sei etwa doppelt so hoch wie die bisherige Sicherheitszulage, die Maaßen beim Inlandsgeheimdienst kassiert habe. Vor einer Woche hatte die GroKo ihre umstrittene Entschei- dung revidiert. Maaßen zum Staatssekretär zu befördern.



Bosbach will kein Merkel-Kritiker sein

Wolfgang Bos- bach (66) ist es leid, ständig als Kritiker von Bun- deskanzlerin An- gela Merkel (CDU) hingestellt zu werden. „Es steht mir bis hier, nach Frau Merkel gefragt, zu werden“, sagte der ene- mige CDU-Bundestagsabgeord- nete der „Welt am Sonntag“. Der öffentliche Diskurs drehe sich oft nur noch um die Frage: „Ist der Frau Merkel oder gegen Frau Merkel?“ Dass es Leute gebe, denen es nur um die Sache gehe, wolle keiner hören. Bosbach war im Herbst 2017 nach 23 Jahren aus dem Bundestag ausgeschieden, er hatte in vielen Fragen wie der Euro- und der Flüchtlingspolitik andere Ansichten als Merkel.

